



Wolfgang Kaiser
78073 Bad Dürrhein
Tel.: 0176 23513135
E-Mail: info@lbu-badduerrheim.de
URL: www.lbu-badduerrheim.de

10. Januar 2021

Stadtverwaltung
Bad Dürrhein
Luisenstraße 4

78073 Bad Dürrhein

Haushaltsanträge 2021 der LBU

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie erhalten folgende Haushaltsanträge der LBU-Fraktion:

1. Optimierung der künftigen Haushaltsberatungen und weitere Verbesserung der Transparenz von Haushaltsplanentwürfen (Produktbeschreibungen)

Nach den diesjährigen Erfahrungen bedarf es einiger Optimierungen im Verfahren und im Haushaltsplanentwurf.

Ein wichtiger Aspekt ist die Planung einer weiteren (dritten) Sitzung des Verwaltungsausschusses zur Vorberatung. Dies ermöglicht es den Fraktionen nach einem ersten Durchgang seitens der Verwaltung durch die wichtigsten Posten (ersten Sitzung), in internen Beratungen Fragen zu entwickeln, die dann von der Kämmerei in einer zweiten Sitzung beantwortet werden können. In einer weiteren Sitzung können dann restliche Klärungen erfolgen und der Stellenplan besprochen werden. Die Fraktionen können dann auf dieser Grundlage ihre Anträge beraten.

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf enthält bei den Produktbeschreibungen der Teilergebnishaushalte/Teilfinanzhaushalte zum Teil gute, nachvollziehbare Darstellungen der geplanten Maßnahmen und ihrer Kosten. Ein positives Beispiel ist die Seite 102. Dies sollte in ähnlicher Weise künftig in allen Teilhaushalten so gehandhabt werden, um die Transparenz des Haushalts zu verbessern und die Nachfragenotwendigkeit im VA zu reduzieren. Wichtig zur Nachvollziehbarkeit für Gemeinderat und Öffentlichkeit sind dabei auch kurze Begründungen zur Notwendigkeit der Maßnahmen.

Erläuterungen sollten insbesondere dann vorgenommen werden, wenn sich Haushaltsansätze gegenüber dem Vorjahr wesentlich verändern, sie Aufwendungen für Sanierungen (Mittelanwendungen Hochbau/Tiefbau) enthalten oder Investitionen

erfolgen. Somit wird auch eine bessere Transparenz darüber erreicht, in welchem Teilhaushalt sich die Mittelanwendungen für die Bereiche Hoch-/Tiefbau, Veränderungen beim Stellenplan oder Verschiebungen durch Fremdvergaben niederschlagen.

2. Zeitnahe Aufstellung eines Nachtragshaushaltes

Die Auswirkungen der Pandemie bewirken in vielen Bereichen Unsicherheiten über die im Haushaltsjahr 2021 zur Verfügung stehenden Finanzmittel (zum Beispiel hinsichtlich Steuereinnahmen, Corona-Hilfen, aber auch hinsichtlich staatlicher Zuschüsse an die Kur und Bäder GmbH). In vielen dieser Bereiche wird bis zum Ende des ersten Quartals mehr Klarheit herrschen. Wir beantragen deshalb die frühzeitige Aufstellung eines Nachtragshaushaltsplanes im Frühjahr, um dann auf sicherer Grundlage neue Entscheidungen treffen zu können.

3. Personalkostenansatz Bauhof

Die Argumentation der Stadtverwaltung, dass die um 89.000 Euro niedriger angesetzten Personalkosten sich durch den Wegfall der Lohnfortzahlung für zwei Langzeitkranke erklären und eine Ergänzung des Personals „vor Vorliegen einer Personalbedarfsberechnung nicht vorgesehen“ sei, überzeugt uns nur bedingt. Nach unserer Kenntnis wird durch den baldigen Ruhestand eines Mitarbeiters eine weitere Lücke entstehen. Somit wird spätestens zu Beginn der Vegetationsperiode ein akuter Personalbedarf bestehen. Offene Stellen sollten zumindest befristet besetzt werden. Alternativ müssten neue Fremdvergaben zum Beispiel bei der Grünpflege ausgeschrieben werden, diese verursachen aber auch Kosten.

4. Stellenbesetzung Finanzwesen

In einigen Bereichen der Verwaltung besteht unbestritten eine sehr hohe Arbeitsbelastung. Bis zum Vorliegen einer Personalbedarfsberechnung sind weitere Stellenbesetzungen in den Kundenbereichen zunächst nicht vorgesehen und somit nicht im Haushalt abgebildet. Im Kundenbereich Finanzwesen erscheint es allerdings dringend geboten, zeitnah eine zusätzliche Stelle einzurichten. Dies deshalb, weil Stellenanteile weggefallen sind bzw. tatsächlich nicht zur Verfügung stehen (Langzeitarbeitsunfähigkeiten, Personalratstätigkeit), zusätzliche Aufgaben zu erledigen und Arbeitsrückstände abzarbeiten sind, die sich teilweise direkt auf die Finanzsituation/Liquidität der Stadt auswirken (z. B. Stellung von Zuschussanträgen und deren zeitnahe Abrechnung, Erstellung Bescheide durch Neuberechnung Fremdenverkehrsbeitrag).

5. Zeitnahe Umsetzung des Beschlusses zur Durchführung von Flächenmanagement für Baulücken und leerstehende Gebäude

Der Antrag der LBU zum Haushalt 2020 zur Einführung eines Flächenmanagements für Baulücken und leerstehende Gebäude wurde von der Stadt begrüßt. Auszug aus dem Ergebnisprotokoll am 16.12.2020: „Die Stadt strebt die Einführung von Flächenmanagement für Baulücken und leerstehende Gebäude unter Inanspruchnahme des Förderprogramms der Landesregierung und des ELR-Programms an. Sie leitet die notwendigen Schritte ein. Die konkrete Umsetzung wird im Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt. Diesem Vorgehen wurde einstimmig zugestimmt.“

Die erforderlichen Schritte wurden bis jetzt nicht angegangen. Die aktuellen Diskussionen um die Fortschreibung des FNP und ein aktivierbares Innenstadtpotenzial bei anhaltender

Nachfrage nach Wohnraum sowohl im Kernort als auch in den Teilorten zeigen mehr denn je die Dringlichkeit dieser Maßnahme auf.

Die LBU beantragt, dem Gemeinderat zeitnah einen Plan zur Umsetzung des Flächenmanagements vorzulegen. Der Plan soll die gesetzten Ziele und Priorisierungen, den Ablauf, die Aufgaben und verantwortlichen Personen, verfügbaren Ressourcen und Ergebnissicherung darstellen.

In diesem Zusammenhang fordert die LBU die Stadtverwaltung auf, sich zeitnah und engagiert für den Erwerb von geeigneten Grundstücken zum Beispiel für ein Wohnprojekt für alle Generationen einzusetzen. Aufgrund aktueller Entwicklungen zeigen sich u.a. Möglichkeiten im Stadtkern. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass damit ein Grundstein gelegt wird für nachbarschaftliches, selbstbestimmtes, ökologisches und gleichzeitig kostengünstiges Wohnen.

6. Zeitplan für Umsetzung Klimaschutzmaßnahmen

Vor einem Jahr hat - nach langen inhaltlichen Vorbereitungen und erheblichem Input durch die LBU – der Gemeinderat einen Grundsatzbeschluss zur Erarbeitung einer dringend notwendigen Klimaschutzstrategie gefasst. Passiert ist seither fast nichts, obwohl der Klimawandel erkennbar immer dramatischere direkte Auswirkungen auf unser aller Leben hat. Einzige Ausnahme: ein sehr gut angenommener Beratungstermin für die Häuslebauer im Herrengarten auf Vorschlag der LBU.

Wir verkennen nicht die extrem schwierigen Arbeitsbedingungen der Stadtverwaltung in Zeiten der Pandemie und eines knappen Personalbesatzes. Deshalb haben wir „die Füße still gehalten“. Ein weiteres verlorenes Jahr in Sachen Klimaschutz können wir uns aber nicht leisten.

Deshalb fordern wir die Erstellung eines Zeitplanes für die Konkretisierung der Schritte und Umsetzung erster Maßnahmen sowie die Klärung, wer innerhalb der Verwaltung für den Klimaschutz zuständig ist. Die Thematik muss unbedingt in die Orgauntersuchung aufgenommen werden, um einen möglichen Personalaufwand zu quantifizieren. Denn klar ist, wie auch in allen anderen Bereichen, ohne klare Kompetenzzuordnung geht nichts.

7. Umsetzung der Maßnahmenvorschläge des Energieberichts zur Energieeinsparung mit einer Amortisationszeit von weniger als 20 Jahren. Einstellung einer entsprechenden Summe in den Haushaltsplan.

Die Umsetzung der Maßnahmen des Energieberichts leistet einen wesentlichen Beitrag zur Einsparung von CO₂. Auf der Basis der Zahlen des Berichtes ergibt die Umsetzung der Maßnahmen mit einer Amortisationszeit von weniger als 20 Jahren eine jährliche Einsparung von 29,5 Tonnen CO₂. Dies wäre ein erheblicher Beitrag der Stadt im Kampf gegen den Klimawandel. Außerdem liegt die durchschnittliche finanzielle Amortisation bei deutlich unter 10 Jahren (siehe Anlage).

Diesen Antrag hatte die LBU schon im letzten Jahr gestellt. Er wurde einstimmig angenommen. Aus dem aktuellen Energiebericht von 2019, in dem alle Maßnahmenumsetzungen bis einschließlich August 2020 aufgeführt sind, geht hervor, dass bis zu diesem Zeitpunkt keine einzige Maßnahme umgesetzt wurde. Wir gehen deshalb davon aus, dass der größte Teil

dieser Maßnahmen auch bis zum Ende des Jahres 2020 nicht umgesetzt wurde. Wir stellen deshalb den Antrag, dass diese in 2021 umgesetzt werden.

8. Einrichtung zusätzlicher Ladesäulen für E-Autos unter Nutzung des Förderprogrammes SAFE der Landesregierung

Ein wesentlicher Punkt bei den Bemühungen um den Klimaschutz ist die rasche Ausbreitung von nicht-fossilen Antriebsformen wie der E-Mobilität. Ein wesentliches Hemmnis für einen besseren Absatz von Elektrofahrzeugen ist die fehlende flächendeckende Ladeinfrastruktur. Die grün-schwarze Landesregierung hat hierzu mit SAFE ein Förderprogramm aufgelegt, das noch nicht ausgeschöpft ist. Ein entsprechender Haushaltsantrag wurde bereits im letzten Jahr gestellt, aber nicht in zufriedenstellender Weise umgesetzt. Bad Dürkheim sollte die Möglichkeiten des Förderprogramms unbedingt nutzen und gemeinsam mit den Kooperationspartnern des Förderprogramms für eine gute Ladeinfrastruktur sorgen.

9. Umstellung der Verpflegung bei städtischen Veranstaltungen. Schrittweise Ökologisierung der Verpflegung durch biologische Nahrungsmittel und Getränke sowie eine Erhöhung des Anteils vegetarische Produkte

Bei den letzten Haushaltsberatungen wurde der Beschluss gefasst, das Verpflegungsangebot bei städtischen Veranstaltungen schrittweise zu ökologisieren. Dabei soll das Angebot auf biologische Nahrungsmittel und Getränke umgestellt und der Anteil an vegetarischen Produkten erhöht werden. Bad Dürkheim hat als Gesundheitsstandort eine besondere Verantwortung und Vorbildfunktion - auch im Bereich der Ernährung. Außerdem hat die Art der Ernährung einen erheblichen Einfluss auf den Klimaschutz. Weil die bisherigen Schritte noch unzureichend sind, gilt es daher, die Umsetzung verstärkt anzugehen und das Angebot gemeinsam mit örtlichen Anbietern von Biolebensmitteln weiterzuentwickeln.

10. Vergabe der Erfassung der Straßenleuchten mit einer Priorisierung der Sanierungen und technischer Optimierung koppeln

Die Vergabe der technischen Erfassung und Konzeptionierung der Wartungsarbeiten und technischen Optimierung der Straßenbeleuchtung ist grundsätzlich sinnvoll und dringend geboten. Wir beantragen ergänzend, dass hierbei auch eine Priorisierung der Maßnahmen erfolgt, die sich sowohl am technischen Zustand als auch an den erzielbaren Energie- und damit auch Kosteneinsparungen ausrichtet.

11. Streichung der Planungskosten von 40.000 Euro Sanierung Luisenstraße

Die Planungskosten, bei denen es sich laut Auskunft des Bauamtes weitgehend um Vermessungskosten handelt, müssen im Gesamtzusammenhang mit den anstehenden Bauprojekten (zum Beispiel Neubau Klinik Limberger) gesehen und diskutiert werden. Zu jetzigen Zeitpunkt Planungskosten einzusetzen erscheint nicht notwendig, da nicht von einer zeitnahen Umsetzung ausgegangen werden kann, auch wenn gerade im Gehwegbereich Sanierungen dringend notwendig sind. Die Realisierungschancen sind frühestens im Zusammenhang mit den Beratungen über einen Nachtragshaushalt im April /Mai klarer zu beurteilen.

12. Einsetzungen einer Summe für die Ausführungsplanung Sanierung Schulhof GWRS

Die Notwendigkeit der Sanierung des Schulhofes ist unumstritten. Wenn jetzt, angesichts der finanziellen Auswirkungen der Pandemie, die Maßnahme erst 2022 realisiert werden soll, dann sollte zumindest dieses Jahr eine fertige Ausführungsplanung erstellt werden, um im Winter 2021/2022 loslegen zu können. Diese sollte angesichts der Arbeitsbelastung des Bauamtes vergeben werden.

13. Sanierung der Brücke zum Solemarparkplatz in der ersten Jahreshälfte und Priorisierung weiterer Brückensanierungen

Für die Sanierung der Brücke waren bereits in 2020 Gelder in Höhe von 55.000 Euro eingestellt. Wir gehen davon aus, dass dies seitens der Verwaltung fachlich begründet der Fall war. Die Maßnahme wurde nicht umgesetzt, diese Gelder sind damit verfallen. Jetzt ist die Maßnahme auf 2022 verschoben. Dies ist aus organisatorischen Gründen nicht sinnvoll. Das Solemar wird über weite Teile der ersten Jahreshälfte nicht, oder nur teilweise, öffnen können. Damit wird die sonst sehr wichtige Zufahrt nicht benötigt. Deshalb sollte die Maßnahme jetzt zeitnah umgesetzt werden, um später unnötige Probleme mit Park-Suchverkehr und Zuparken während der Bauzeit zu vermeiden. Wir beantragen die Umsetzung der Maßnahme an der Brücke zum Solemarparkplatz in 2021 und die Einstellung entsprechender Gelder.

Dies sollte auch vor dem Hintergrund erfolgen, dass in den nächsten Jahren umfangreiche Sanierungen an weiteren Brücken anstehen (insbesondere Karlstraße, Salzstraße). Die weiteren anstehenden Brückensanierungen sind zu priorisieren und entsprechend einzuplanen.

14. Jugendbeteiligung

Der Gemeinderat hat im November 2019 die Verwaltung beauftragt, eine Konzeption für kommunale Jugendbeteiligung zu erarbeiten.

Am 10.03.2020 gab es eine Auftaktveranstaltung der Stadtjugendpflege mit Udo Wenzl, Referent für Jugendbeteiligung beim Landesjugendring Baden-Württemberg, in der Aula der Realschule am Salinensee. Vertreter aus Politik, Schule, Verwaltung und Vereinen trugen ihre Ideen zur Umsetzung zusammen. Um eine passgenaue Konzeption zu erstellen, war eine persönliche Befragung von Jugendlichen an den Schulen vorgesehen. Am 16.03.20 kam es zum ersten Lockdown aufgrund der Corona-Pandemie. Eine persönliche Befragung der Jugendlichen konnte daher nicht mehr erfolgen. Im Mai 2020 wurde von der Stadtjugendpflege eine Befragung der Jugendlichen per Post durchgeführt. Von 427 angeschriebenen Jugendlichen kamen nur 20 Antworten zurück.

Seither erhielt der Gemeinderat keine näheren Informationen mehr zu diesem Thema. Im November 2020 gab der Stadtjugendpfleger in der Presse bekannt, dass er digitale Formen der Jugendbeteiligung in der Überlegung hat. Eine Konzeption zur kommunalen Jugendbeteiligung liegt dem Gemeinderat bis dato nicht vor. Es ist nicht zu erkennen, dass das Thema engagiert verfolgt wird und die Umsetzung vorankommt.

Nun wurde im Haushaltsentwurf 2021 unter Produkt 362003 Seite 152 Jugendbeteiligung Sachkonto 4431000 Jugendbeteiligung ein Mittelbedarf von 5.200 EUR eingestellt. Neu

angemeldet wurden über die Änderungsliste 4.200 EUR. Der angemeldete Mittelbedarf bedarf der Erläuterung und erschließt sich ohne den konzeptionellen Gesamtzusammenhang nicht. Die LBU beantragt, dass die Verwaltung dem Gemeinderat zeitnah das Konzept der Jugendbeteiligung und die entsprechenden Maßnahmen zur Umsetzung vorlegt und erläutert. Die erforderlichen Mittel sind dann ggf. in den Nachtragshaushalt bereit zu stellen.

Beste Grüße

Wolfgang Kaiser
LBU-Fraktion

Anlage zu Antrag Nr. 7:

Nr.	Objekt	Maßnahme	Energieeinsparung Strom in kWh/a	Energieeinsparung Wärme in kWh/a	Energiekosteneinsparung Strom in Euro/a	Energiekosteneinsparung Wärme in Euro/a	Investive Kosten in Euro	CO ₂ -Reduzierung kg/a	statische Amortisation in a	spez. Kosten in Euro je kg CO ₂ -Reduzierung
8	Haus des Bürgers	Foyer und Flure + WCs: Tageslichtregelung und Präsenzmelder nachrüsten	900	0	225	0	3.745	545	16,6	6,87
21	Altes Rathaus	Präsenzmelder für Flure, Toiletten, Keller	2.076	0	519	0	1.671	1.258	3,2	1,33
22	Kindergarten Schulstrasse	Präsenzmelder für Beleuchtung Flure und WCs, zu 50 % erledigt	1.485	0	371	0	1.845	900	5	2,05
23	Kindergarten Wilmanstrasse	Beleuchtungsanierung Altbestand Foyer	2.332	0	583	0	3.980	1.413	6,8	2,82
24	Kindergarten Wilmanstrasse	Bewegungsmelder Gruppen	1.676	0	419	0	1.384	1.016	3,3	1,36
25	Bergwehnhalle Hochemmingen	Leuchte mit Tageslicht- u. Präsenzmelder in Damentoilette	436	0	109	0	630	264	5,8	2,38
26	Rathaus/ Kiga/ FW Hochemmingen	Kindergarten Beleuchtungsanierung 2 gleiche Gruppenräume	1.134	0	284	0	1.134	687	4	1,65
27	Rathaus/ Kiga/ FW Hochemmingen	Kindergarten Beleuchtungsanierung oranger Gruppenraum	466	0	116	0	466	282	4	1,65
28	Grundschule Oberbaldingen	Thermostatventile in Behörden-ausführung und hydraulischer Abgleich	2.400	0	600	0	5.350	1.454	8,9	3,68
29	Grundschule Oberbaldingen	Klassen Mittel- und Neubau: Tageslichtregelung und Präsenzmelder nachrüsten. + Beleuchtungsanierung	1.182	0	295	0	2.650	716	9	3,7
30	Grundschule Oberbaldingen	Toiletten Beleuchtungsanierung	523	0	131	0	1.200	317	9,2	3,79
31	Grundschule Oberbaldingen	Flure: Präsenzmelder nachrüsten	371	0	93	0	1.038	225	11,2	4,61
34	Rathaus/Feuerwehr Oberbaldingen	Treppenhaus Rathaus Präsenzmelder, Treppenhaus Feuerwehr Präsenzmelder	186	0	46	0	692	112	14,9	6,15
35	Rathaus/Feuerwehr Oberbaldingen	Abtrennung Umkleide Feuerwehr, Schiebetür	0	745	0	52	500	184	9,6	2,72
36	Kindergarten Oberbaldingen	Fortsetzung Beleuchtungsanierung, zu 50 % erledigt	833	0	208	0	2.100	505	10,1	4,16
39	Kindergarten Sunthausen	Beleuchtungsanierung, zu 50 % erledigt	1.857	0	464	0	5.100	1.125	11	4,53
42	Osterberghalle Ofingen	Dall-Lichtleiste im Foyer	5.005	0	1.251	0	5.491	3.033	4,4	1,81
43	Osterberghalle Ofingen	Toilettenbeleuchtung über Präsenzmelder	160	0	40	0	642	97	16,1	6,62
44	Osterberghalle Ofingen	Beleuchtungsanierung in den Umkleiden, Präsenzmelder	1.568	0	392	0	3.600	950	9,2	3,79
45	Rathaus Ofingen	Heizungsumstellung (neue Kesselanlage Erdgasbrennwert), Planauftrag wurde Mai 2019 vergeben	0	0	0	4.056	9.000	12.134	2,2	0,74
46	Rathaus Ofingen	Durchlauferhitzer-2-Stück	400	0	76	0	50	242	0,7	0,21
48	Kindergarten Ofingen	Beleuchtungsanierung beide Gruppenräume	1.462	0	366	0	4.616	886	12,6	5,21
49	Kindergarten Ofingen	Isolierung Kellerdecke in den flachen Teilbereichen	0	3.600	0	252	2.000	889	7,9	2,25
51	Gemeinschaftshaus Ofingen	Beleuchtungsanierung	1.249	0	312	0	5.400	757	17,3	7,13
54	Alte Schule Unterbaldingen	Beleuchtungsanierung	945	0	236	0	1.470	573	6,2	2,57
Summe:							62.104	29.506		